

# Dokumentation „Zivilklausel und KIT-Gesetz“

Presseartikel 8.-10. Mai 2012 (chronologisch rückwärts)

<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Keine-Zivilklausel-am-KIT-Gruen-Rot-hat-die-Waehler-getaeuscht;art6066,873568>



10.5.2012

## Keine Zivilklausel am KIT: Grün-Rot hat die Wähler getäuscht

(Ein Kommentar von Felix Neubüser)

**Es mag gute Gründe geben, warum Grün-Rot sich entschieden hat, nun doch auf ein Verbot für militärische Forschung im KIT-Weiterentwicklungsgesetz zu verzichten. Allerdings hätte es geholfen, wenn man diese Gründe auch erklärt hätte.**

"Transparenz", "öffentlicher Diskurs" - es gibt Worte, die klingen gut und passen eigentlich immer. Daher ist es auch nachvollziehbar, wenn die grün-rote Landesregierung nun eben diese Worte benutzt, um zu begründen, warum militärische Forschung am Karlsruher Institut für Technologie nicht mehr per Gesetz verboten werden soll. Man wolle nicht in die Freiheit der Wissenschaft eingreifen, so die Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) am Mittwoch.

"Transparenz", "öffentlicher Diskurs" - diese Worte klingen gut und passen eigentlich immer. Genau das ist das Problem mit diesen Worten. Sie klingen gut, erklären aber nicht, warum die damalige Oppositionspolitikerin Bauer bei der Gründung des KIT im Jahr 2009 noch den Satz "Das KIT verfolgt ausschließlich friedliche Zwecke" festschreiben wollte - und jetzt sagt, eigentlich sei es doch von Anfang an um eine freiwillige Selbstverpflichtung gegangen. Sie erklären auch nicht, wieso auf Seite 41 des grünen Wahlprogramms steht, dass man die Einführung von Zivilklauseln befürworte, sich nun aber offenbar nicht mehr daran erinnern möchte.

Es mag gute Gründe für und und gute Gründe gegen ein Verbot militärischer Forschung am KIT geben. Es ist auch völlig legitim, wenn man, nach erneutem Abwägen dieser Gründe oder weil sich die äußeren Umstände geändert haben, seine Meinung ändert. Komisch wird es allerdings, wenn man seine Meinung ändert, als Erklärung aber statt guten Gründen nur schöne Worte liefert. Hier macht es sich Grün-Rot zu leicht - und muss sich daher zu Recht den Vorwurf gefallen lassen, die Wähler getäuscht zu haben.



Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Foto: dpa

10.5.2012



# Umfrageergebnis: Militärische Forschung am KIT verbieten

**Karlsruhe (fn/ps) - Am Mittwoch hat der Landtag in Stuttgart über ein Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT entschieden. In dem Gesetz nicht vorgesehen: eine Zivilklausel, die militärische Forschung am Institut verbietet. Ob sie eine solche Klausel für sinnvoll halten, wollten wir in unserer Tagesumfrage von den ka-news-Lesern wissen.**

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) bekommt künftig deutlich größere Freiräume. Das hat der Landtag am Mittwoch in Stuttgart mit dem KIT-Weiterentwicklungsgesetz beschlossen. So wird das KIT zum 1. Januar 2013 Dienstherr für seine Beamten und Arbeitgeber für seine Angestellten, kann eigenständig Berufungen aussprechen und wird Eigentümer seines beweglichen Vermögens. Das KIT bleibt zwar weiterhin eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die Fachaufsicht des Landes werde aber weitgehend entfallen, so das Institut in einer [Pressemitteilung](#) (Link führt zu Pressemitteilung im Wortlaut).



(Archivbild) Foto: KIT, Jana Mayer

## Linke kritisiert fehlende Zivilklausel

Eine Zivilklausel, die militärische Forschung verbietet, findet sich in dem vom Landtag verabschiedeten Gesetz allerdings nicht. Eine solche war von SPD und Grünen bei der Gründung des Instituts durch den Zusammenschluss von Universität und Forschungsinstitut vor drei Jahren noch gefordert worden. Damals war die Forderung an der Mehrheit von CDU und FDP im Landesparlament gescheitert. Dass Grün-Rot eine solche Klausel in ihrem eigenen Gesetzesentwurf nun ausgespart hatten, war insbesondere von der Linken scharf kritisiert worden. SPD und Grüne hätten damit ihr Wahlversprechen gebrochen, sich für zivile Forschung einzusetzen, so die Linke Bundestagsabgeordnete Karin Binder.

Auch die ka-news-Leser, die sich an unserer nicht repräsentativen Tagesumfrage von Mittwoch beteiligt haben, waren mehrheitlich für ein Verbot militärischer Forschung am KIT. 47,39 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf die Antwortmöglichkeit, "militärische Forschung hat am KIT nichts zu suchen", 22,09 Prozent auf "An sich ist ein Verbot sicher eine gute Sache - zivile und militärische Forschung lassen sich aber nun



### Zivilklausel gefordert: Soll militärische Forschung am KIT verboten werden?

**Gesamt 652 Stimmen**

47,39% - Ja, militärische Forschung hat am KIT nichts zu suchen!

28,37% - Nein, ein solches Verbot bringt nichts!

22,09% - An sich ist so ein Verbot sicher eine gute Sache - zivile und militärische Forschung lassen sich aber nun einmal nicht immer eindeutig trennen.

2,15% - Zu diesem Thema habe ich keine Meinung.

Die Umfrage ist bereits beendet, Sie können leider nicht mehr abstimmen.

einmal nicht immer eindeutig trennen." Nur 22,09 Prozent der Stimmen dagegen wurden für die Antwortmöglichkeit "ein solches Verbot bringt nichts", abgegeben, 2,15 Prozent der Stimmen auf "zu diesem Thema habe ich keine Meinung".

### **Kommentare der ka-news-Leser zeichnen ein anderes Bild**

Ein anderes Bild zeichnen dagegen die Kommentare unter dem [Umfrageartikel](#): Der Nutzer *Rundbau-Gesperst* etwa ist der Meinung, dass die Forderung eigentlich sogar noch weiter gehen müsste: "Wer einen Hochschulabschluss im Land erworben hat, der darf anschließend nicht im militärischen Umfeld eine Arbeitsstelle angeboten bekommen oder sich für eine solche bewerben." Allerdings müsse man eben auch bedenken, dass wir ohne diese Forschung heute noch "auf'm Baum" sitzen und die Holzkeule schwingen würden. Ähnlich sieht es offenbar der Nutzer *alpinum*: "Ohne vom Militär geförderte Forschung hätten wir heute noch keine teflonbeschichtete Bratpfanne, Mikrowelle, Antibiotika, Computer und Internet (auf dem heutigen Niveau) sowie allerlei andere Gadgets auf welche wir heute nicht verzichten wollen".

Nutzer *sky789* kritisiert dagegen vor allem die Argumentation der grün-roten Landesregierung, die in der Drucksache zu dem Gesetzesentwurf das Fehlen einer Zivilklausel damit begründet, dass man lieber auf "Transparenz und öffentlichen Diskurs" setzen wolle: "Entweder die Landesregierung ist dafür oder dagegen. Nur wenn man sich nicht festlegen/untereinander einigen kann, kommen solche Formulierungen wie oben heraus."

<http://www.taz.de/Ruestungsforschung-im-gruenen-Laendle/!93084/>

09.05.2012

## **Rüstungsforschung im grünen Ländle**

# **Fehlende Zivilcourage**

**Grün-Rot in Baden-Württemberg will kein Gesetz für eine Zivilklausel an der Karlsruher Uni. Der Landtag erlaubt auch künftig die militärische Forschung. VON NADINE MICHEL**

STUTTGART *taz* | Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) darf auch künftig militärisch geforscht werden. Am Mittwoch verabschiedete der baden-württembergische Landtag ein an sich unumstrittenes Gesetz, in dem es im Wesentlichen um mehr Autonomie für das KIT geht.

Für Verärgerung sorgt hingegen, was nicht in dem Gesetz steht: eine sogenannte Zivilklausel. Mit der hätte Grün-Rot die Forschung auf friedliche Zwecke beschränken können. Doch entgegen entsprechenden Forderungen aus Oppositionszeiten verzichtet die grün-rote Regierung heute auf die Klausel.

2009 kam es zum Zusammenschluss der Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum



Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer liegend die Forschung am Herzen – offenbar auch die militärische. Bild: dpa

Karlsruhe zum KIT. Das Forschungszentrum hatte damals bereits eine Zivilklausel. Seitdem wird gestritten, ob die Klausel auch für das neu entstandene KIT übernommen werden sollte. Fast zwei Drittel der Studierenden hatten sich damals dafür ausgesprochen.

## Kein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit

Ebenso die heutige Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Damals noch grüne Oppositionsministerin, wollte sie das KIT-Gesetz um einen Satz erweitern: „Das KIT verfolgt ausschließlich friedliche Zwecke.“ Doch ihr damaliger, gemeinsam mit der SPD gestellter Änderungsantrag scheiterte an den Gegenstimmen der schwarz-gelben Koalition. Heute will Bauer den Passus selbst nicht mehr.

Die Ministerin wolle nicht in die Wissenschaftsfreiheit eingreifen, erklärte ein Sprecher am Mittwoch. Bauer sei es stets um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Hochschulen gegangen. Sie wolle einen entsprechenden Diskussionsprozess in Gang setzen. So hat sie eine Diskussion über die Glaubwürdigkeit der Grünen und Sozialdemokraten ausgelöst.

„Damit wird ein Wahlversprechen gebrochen“, sagt Dietrich Schulze von der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten. Auch die Grüne Jugend hätte von ihrer Ministerin etwas anderes erwartet. „Zu einer nachhaltigen Wissenschaft passt keine Forschung, die militärische Konfliktlösungen zum Ziel hat“, kritisierte die Landesvorsitzende, Jessica Messinger.

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=9699602/1k5bual/index.html>

09.05.2012

Karlsruhe



## Waffenforschung am KIT weiter möglich

**Waffenforschung ist am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) weiterhin möglich. Der baden-württembergische Landtag verabschiedete am Mittwoch fraktionsübergreifend ein Gesetz, das dem KIT mehr Unabhängigkeit zubilligt. Rüstungsforschung wird in dem Gesetz nicht ausgeschlossen.**

In ihrer Oppositionszeit hatten Grüne und SPD noch eine sogenannte Zivilklausel gesetzlich vorschreiben wollen.

Wirtschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) sagte am Mittwoch, die Landesregierung werde die "Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung" nicht antasten. Stattdessen sollten die Wissenschaftler über die Frage diskutieren, was mit den Forschungsergebnissen passiert.



**Weiter Waffenforschung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT)**

Friedensaktivisten hatten am Morgen vor dem Landtag gegen die Politik der Landesregierung demonstriert.

.....**T**..... Online

[http://nachrichten.t-online.de/waffenforschung-am-karlsruher-institut-fuer-technologie-bleibt-erlaubt/id\\_56284444/index?news](http://nachrichten.t-online.de/waffenforschung-am-karlsruher-institut-fuer-technologie-bleibt-erlaubt/id_56284444/index?news)

## Waffenforschung am Karlsruher Institut für Technologie bleibt erlaubt

09.05.2012, 17:26 Uhr | dapd

Waffenforschung ist am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) weiterhin möglich. Der baden-württembergische Landtag verabschiedete am Mittwoch fraktionsübergreifend ein Gesetz, das dem KIT mehr Unabhängigkeit zubilligt. Rüstungsforschung wird darin nicht ausgeschlossen. Grüne und SPD wollten in ihrer Oppositionszeit noch eine sogenannte Zivilklausel gesetzlich vorschreiben.



Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) sagte am Mittwoch, die Landesregierung werde die "Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung" nicht antasten. Stattdessen sollten die Wissenschaftler über die Frage diskutieren, was mit den Forschungsergebnissen passiert. Vor dem Landtag demonstrierten am Morgen Friedensaktivisten gegen die Politik der Landesregierung.

Verleger: Badische Zeitung, Postfach 10 15 51, 76133 Karlsruhe, Baden-Württemberg  
Redaktion: Postfach 10 15 51, 76133 Karlsruhe, Baden-Württemberg  
Telefon: 07141 310-111, Telefax: 07141 310-112  
E-Mail: redaktion@badische-zeitung.de

 **BADISCHE** 

**NEUESTE NACHRICHTEN**

---

Mittwoch, 9. Mai 2012 **Badische Zeitung** 67. Jahrgang - Nr. 107 - Ausgabe Karlsruhe

Karlsruhe | SÜDWESTECHO | 09.05.2012

## Grün-Rot will Rüstungsforschung weiter erlauben

### Landtag entscheidet heute über ein Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie

Karlsruhe (dapd-bwb) Rückschlag für Kriegsgegner: Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) darf voraussichtlich weiter für die Waffenindustrie geforscht werden. Damit wird es auch unwahrscheinlicher, dass Baden-Württemberg als erstes Bundesland die Rüstungsforschung an sämtlichen Hochschulen gesetzlich verbietet.

Friedensaktivisten werfen Grünen und SPD bereits Wahlbetrug vor. Am heutigen Mittwoch wollen sie demonstrieren, wenn der Landtag über ein Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT entscheidet. Eine sogenannte Zivilklausel – die Rüstungsforschung ausschließen soll – fehlt in dem Entwurf. Dabei hatte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als Oppositionspolitikerin genau diese gefordert. Inzwischen hört sich das anders an. Eine „gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten“ lehnte sie ab. Als im Jahr 2009 die Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum zum KIT verschmolzen wurde, wollte Bauer die Zivilklausel noch vorschreiben. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte den Antrag von SPD und Grünen jedoch ab. Friedensaktivisten setzten daher Hoffnungen in die neue Landesregierung, fordern Vorgaben im Landeshochschulgesetz. Damit könnte Baden-Württemberg zum bundesweiten „Vorreiter“ werden, wie Dietrich Schulze von der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ sagt. Dass die Landesregierung Rüstungsforschung am KIT nun erlauben will, erklärt sich Schulze damit, „dass die führenden Leute vor den Mächtigen aus Rüstung und Wirtschaft in die Knie gehen“.

Auch die Hochschulen seien unterfinanziert und dadurch stärker abhängig von der Waffenindustrie. Das KIT selbst möchte demnächst ethische Leitlinien verabschieden, wie eine Sprecherin des Instituts sagt. Am KIT gibt es laut ihrer Aussage gar keine „Rüstungsforschung im engen Sinne“. Dass die Forschungsergebnisse „vielfältig genutzt werden können“, lasse sich jedoch generell nicht ausschließen. Der ehemalige Forscher Schulze sieht dennoch Zeichen für Rüstungsforschung. Automatisch gesteuerte Autos seien von einem KIT-Mitarbeiter Anfang des Jahres auf einer Wehrtechnik-Tagung vorgestellt worden. Und die Entwicklung eines Breitband-Nachrichtensystems werde vom Bundesverteidigungsministerium finanziert.

<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Umfrage-Militaerische-Forschung-am-KIT-verbieten-ja-oder-nein;art6066,871755>



9.5.2012

## Umfrage: Militärische Forschung am KIT verbieten - ja oder nein?

**Karlsruhe/Stuttgart (fn) - Braucht das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) eine Zivilklausel, die militärische Forschung verbietet? Was beim Zusammenschluss von Hochschule und Forschungszentrum vor drei Jahren schon einmal diskutiert wurde, ist am Mittwoch wieder Thema im Landtag, wenn über das Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT abgestimmt wird. Was ist Ihre Meinung: Sollte man militärische Forschung am KIT verbieten?**

Auf der Tagesordnung des Landtags liest sich das Ganze noch recht unspektakulär: "Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie", heißt es hier unter Punkt 4. Doch dieser Punkt hat es in sich - weil in ihm etwas fehlt: Eine Zivilklausel, die militärische Forschung ausschließt, wie sie die Grünen-Abgeordnete Theresia Bauer zusammen mit dem Karlsruher SPD-Abgeordneten Johannes Stober bei der Gründung des KIT im Jahre 2009 noch gefordert hatte.



Wirtschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) Foto: Archiv

## Zivilklausel schon 2009 gefordert

Die Forderung scheiterte damals an der schwarz-gelben Mehrheit im Landtag und wurde daher nicht in das KIT-Gesetz aufgenommen, mit dem der Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum beschlossen wurde. Sie landete allerdings in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen. So postulierte die SPD, die Forschung in Baden-Württemberg solle "ausschließlich friedlichen Zwecken dienen". Die Grünen erklärten, sie würden eine Zivilklausel befürworten.

Das müsste sich nun doch eigentlich auch in dem Gesetzesentwurf wiederfinden, der am Mittwoch im Landtag verhandelt wird - finden zumindest Friedensaktivisten. Sie haben daher angekündigt, am Mittwoch vor dem Landtag eine Mahnwache abhalten zu wollen. Auch die Linke ist empört: "In Sachen Zivilklausel haben Grüne und SPD ihre WählerInnen betrogen!", so die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Karin Binder in einer Pressemitteilung. Grün-Rot sieht das freilich anders: Man setze bei der Frage nach einer Zivilklausel nicht auf gesetzliche Forschungsverbote, sondern auf "Transparenz und öffentlichen Diskurs", heißt es in der [Drucksache zum Gesetzesentwurf](#) (Link führt zu PDF auf den Seiten des Landtags).

## Keine militärische Forschung im engeren Sinne

Gelassen gibt man sich derweil am KIT selbst. Man wolle in den kommenden Wochen ethische Leitlinien verabschieden, wird eine Sprecherin von der Tageszeitung "Die Welt" zitiert. Es gebe aber aktuell gar keine Rüstungsforschung im engen Sinne. Es lasse sich aber nicht ausschließen, dass Forschungsergebnisse vielfältig genutzt würden.



<http://taz.de/Ruestungsforschung-in-Baden-Wuerttemberg/!92990/>

08.05.2012

### RÜSTUNGSFORSCHUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

## Vielfältig nutzbare Ergebnisse

**Die grüne Politikerin Bauer forderte als Oppositionelle, die Rüstungsforschung abzuschaffen. Als Wissenschaftsministerin in Baden-Württemberg sieht sie das anders.**

KARLSRUHE/STUTTGART *dapd* | Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) darf voraussichtlich weiter für die Waffenindustrie geforscht werden. Damit wird es auch unwahrscheinlicher, dass Baden-Württemberg als erstes Bundesland die Rüstungsfor-

schung an sämtlichen Hochschulen gesetzlich verbietet. Friedensaktivisten werfen Grünen und SPD bereits Wahlbetrug vor.

Am Mittwoch (9. Mai) wollen sie demonstrieren, wenn der Landtag über einen Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT entscheidet. Eine sogenannte Zivilklausel - die Rüstungsforschung ausschließen soll - fehlt in dem Entwurf. Dabei hatte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als Oppositionsministerin genau diese gefordert.

Inzwischen hört sich das anders an:



**Lehnt eine „gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten“ ab: die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer.** Bild: dpa

„Es ist ein Unterschied, ob man für Zivilklauseln im Sinne einer Selbstverpflichtung eintritt, wie ich es immer bevorzugt habe, oder ob man ein Verbot durch den Gesetzgeber will“, sagte Bauer im November vergangenen Jahres, rund ein halbes Jahr nach dem Antritt der grün-roten Landesregierung. Eine „gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten“ lehne sie ab.

Auch ein Sprecher der Ministerin sagte nun, Bauer habe „seit jeher betont, dass es ihr um eine Selbstbindung geht, um eine Diskussion auf Hochschulebene“. Als im Jahr 2009 die Universität Karlsruhe mit dem Kernforschungszentrum zum KIT verschmolzen wurde, wollte Bauer die Zivilklausel aber noch vorschreiben. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte den Antrag von SPD und Grünen jedoch ab.

## **Grundsätzlich erlaubt**

Friedensaktivisten setzten daher Hoffnungen in die neue Landesregierung, fordern Vorgaben im Landeshochschulgesetz. Damit könnte Baden-Württemberg zum bundesweiten „Vorreiter“ werden, wie Dietrich Schulze von der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ sagt. In Bremen werde ebenfalls über die Zivilklausel diskutiert, in den übrigen Bundesländern sei Rüstungsforschung an den Hochschulen derzeit grundsätzlich erlaubt.

Umso schwerer wiegt die Enttäuschung über die Landesregierung in Baden-Württemberg. „Damit wird ein Wahlversprechen gebrochen“, sagt Schulze. In der Tat können die Wahlprogramme von Grünen und SPD Hoffnung machen auf ein Verbot von Rüstungsforschung. Die Sozialdemokraten schreiben etwa: „Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.“

Und bei den Grünen heißt es, sie würden die Einführung von Zivilklauseln „befürworten“. Dass die Landesregierung Rüstungsforschung am KIT nun erlauben will, erklärt sich Schulze damit, „dass die führenden Leute vor den Mächtigen aus Rüstung und Wirtschaft in die Knie gehen“. Auch die Hochschulen seien unterfinanziert und würden dadurch stärker abhängig von der Waffenindustrie. Das KIT selbst möchte in den kommenden Wochen ethische Leitlinien verabschieden, wie eine Sprecherin des Instituts sagt. „Die Leitlinien respektieren die Freiheit der Wissenschaft und appellieren gleichzeitig an die Verantwortung jedes Einzelnen.“ Schulze reicht das nicht. Er fordert eine verbindliche Vorgabe.

## **„Keine Rüstungsforschung im engen Sinne“**

Von 1996 bis 2005 arbeitete Schulze selbst als Elektrotechniker im Kernforschungszentrum, für das eine Zivilklausel gilt. Durch die Zusammenlegung zum KIT könne Rüstungsforschung bequem an der Universität betrieben werden, die Zivilklausel werde so „ausgehöhlt und damit abgeschafft“.

Am KIT gibt es laut Sprecherin gar keine „Rüstungsforschung im engen Sinne“. Dass die Forschungsergebnisse „vielfältig genutzt werden können“, lasse sich jedoch generell nicht ausschließen. So könnten Leichtbaumaterialien etwa für Verkehrsflugzeuge oder auch für Kampffjets verwendet werden.

Der ehemalige Forscher Schulze sieht dennoch Zeichen für Rüstungsforschung. Automatisch gesteuerte Autos seien von einem KIT-Mitarbeiter Anfang des Jahres auf einer Wehrtechniktagung vorgestellt worden. Und die Entwicklung eines Breitband-Nachrichtensystems werde vom Verteidigungsministerium finanziert.

---

### **ARTIKEL ZUM THEMA**

---

#### **KONGRESS GEGEN RÜSTUNGSFORSCHUNG AN UNIS**

Wissen schaffen ohne Waffen

---

#### **RÜSTUNGSINDUSTRIE IN DER FORSCHUNG**

Bremer Uni streitet über Zivilklausel

---

#### **KOMMENTAR RÜSTUNGSFORSCHUNG**

Moralvolte zur rechten Zeit

---

#### **UNI BREMEN GEGEN RÜSTUNGSFORSCHUNG**

Zivilklausel bleibt - OHB kommt

---





<http://www.die-linke-bw.de/nc/politik/presse/detail/zurueck/aktuelles/artikel/karin-binder-in-sachen-zivilklausel-haben-gruene-und-spd-ihre-waehlerinnen-betrogen/>

8. MAI 2012 Landespolitik, Pressemitteilung, MdB Karin Binder

## In Sachen Zivilklausel haben Grüne und SPD ihre WählerInnen betrogen!



Karin Binder, MdB

"In Sachen Zivilklausel haben Grüne und SPD ihre WählerInnen betrogen! Grüne und SPD legen am Mittwoch ein KIT-Weiterentwicklungsgesetz ohne Zivilklausel vor. Damit stoßen sie nicht nur die Friedensbewegung vor den Kopf, sondern auch all den Menschen, die sich vor der Wahl auf die Wahlprogramme und die Aussagen von SPD und Grünen auf den diversen Veranstaltungen verlassen haben. Es ist schon dreist, wie sich Grüne und SPD während des Wahlkampfes als Friedensfreunde gaben und jetzt stramm an der Seite der Rüstungsindustrie stehen", so Karin Binder, Kreissprecherin und Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Karlsruhe.

"Gerade für den Hochschulstandort Karlsruhe wäre eine Zivilklausel besonders wichtig, um offene und verdeckte Rüstungsforschung zu verhindern. Unsere ForscherInnen sollten ihre ganze Kraft und die zur Verfügung stehenden Mittel unter anderem so wichtigen Themen wie dem Klimawandel, dem sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft, dem Umgang mit atomarem Abfällen und den abgeschalteten AKWs widmen können. Die Vehemenz, mit der die Zivilklausel jetzt auch von Grünen und SPD in der Regierung abgelehnt wird, zeigt den großen Einfluss der Rüstungslobby auf das politische System und das Hochschulwesen. Das lässt vermuten, dass die Rüstungsindustrie schon lange fest im KIT drin sitzt und mit diesem Standort plant."

DIE LINKE in Karlsruhe und DIE LINKE im Bundestag lehnen Militärforschung an zivilen, öffentlichen Hochschulen strikt ab. Gerade in Verbindung mit der aktuellen Offensiv-Strategie der Bundeswehr und der NATO, zur Sicherung der Vormachtstellung und Rohstoffsicherung für die westlichen Industrienationen, geht dies zu Lasten einer solidarischen globalen Entwicklung. DIE LINKE steht in dieser Frage weiterhin an der Seite der Friedensbewegung und ruft dazu auf, sich an der derzeit stattfindenden bundesweiten Protestwoche und an den konkreten Aktionen am Mittwoch in Stuttgart im Umfeld der Abstimmung im Landtag zu beteiligen.

### Weitere Informationen und Hintergründe:

[Bundesweite Aktionswoche Zivilklausel](#)

[LINKE Landesparteitag: „Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben ausschließlich friedliche Zwecke.“ - Brechen SPD und Grüne auch dieses Wahlversprechen!"](#)

LINKE Karlsruhe: Kritik am KIT-Erweiterungsgesetz

8. Mai 2012

## Grün-Rot will Rüstungsforschung am KIT weiter erlauben

### In der Opposition forderten die Parteien noch ein Verbot - Kriegsgegner sehen Wahlbetrug

Karlsruhe/Stuttgart (dapd-bwb). Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) darf voraussichtlich weiter für die Waffenindustrie geforscht werden. Damit wird es auch unwahrscheinlicher, dass Baden-Württemberg als erstes Bundesland die Rüstungsforschung an sämtlichen Hochschulen gesetzlich verbietet.

Friedensaktivisten werfen Grünen und SPD bereits Wahlbetrug vor.

Am Mittwoch (9. Mai) wollen sie demonstrieren, wenn der Landtag über einen Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT entscheidet. Eine sogenannte Zivilklausel - die Rüstungsforschung ausschließen soll - fehlt in dem Entwurf. Dabei hatte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als Oppositionspolitikerin genau diese gefordert.

### Wissenschaftsministerin Bauer für Selbstverpflichtung

Inzwischen hört sich das anders an: "Es ist ein Unterschied, ob man für Zivilklauseln im Sinne einer Selbstverpflichtung eintritt, wie ich es immer bevorzugt habe, oder ob man ein Verbot durch den Gesetzgeber will", sagte Bauer im November vergangenen Jahres, rund ein halbes Jahr nach dem Antritt der grün-roten Landesregierung. Eine "gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten" lehne sie ab.

Auch ein Sprecher der Ministerin sagte nun auf dapd-Nachfrage, Bauer habe "seit jeher betont, dass es ihr um eine Selbstbindung geht, um eine Diskussion auf Hochschulebene".

Als im Jahr 2009 die Universität Karlsruhe mit dem Kernforschungszentrum zum KIT verschmolzen wurde, wollte Bauer die Zivilklausel aber noch vorschreiben.

Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte den Antrag von SPD und Grünen jedoch ab.

Friedensaktivisten setzten daher Hoffnungen in die neue Landesregierung, fordern Vorgaben im Landeshochschulgesetz. Damit könnte Baden-Württemberg zum bundesweiten "Vorreiter" werden, wie Dietrich Schulze von der "Initiative gegen Militärforschung an Universitäten" sagt. In Bremen werde ebenfalls über die Zivilklausel diskutiert, in den übrigen Bundesländern sei Rüstungsforschung an den Hochschulen derzeit grundsätzlich erlaubt.

Umso schwerer wiegt die Enttäuschung über die Landesregierung in Baden-Württemberg. "Damit wird ein Wahlversprechen gebrochen", sagt Schulze. In der Tat können die Wahlprogramme von Grünen und SPD Hoffnung machen auf ein Verbot von Rüstungsforschung. Die Sozialdemokraten schreiben etwa: "Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen." Und bei den Grünen heißt es, sie würden die Einführung von Zivilklauseln "befürworten".

### Kriegsgegner sieht "Kniefall" vor der Rüstungsindustrie

Dass die Landesregierung Rüstungsforschung am KIT nun erlauben will, erklärt sich Schulze damit, "dass die führenden Leute vor den Mächtigen aus Rüstung und Wirtschaft in die Knie gehen". Auch die Hochschulen seien unterfinanziert und würden dadurch stärker abhängig von der Waffenindustrie. Das KIT selbst möchte in den kommenden Wochen ethische Leitlinien verabschieden, wie eine Sprecherin des Instituts der dapd sagt. "Die Leitlinien respektieren die Freiheit der Wissenschaft und appellieren



Grün-Rot will Rüstungsforschung am KIT weiter erlauben © DAPD

gleichzeitig an die Verantwortung jedes Einzelnen." Schulze reicht das nicht. Er fordert eine verbindliche Vorgabe.

Von 1996 bis 2005 arbeitete Schulze selbst als Elektrotechniker im Kernforschungszentrum, für das eine Zivilklausel gilt. Durch die Zusammenlegung zum KIT könne Rüstungsforschung bequem an der Universität betrieben werden, die Zivilklausel werde so "ausgehöhlt und damit abgeschafft".

Am KIT gibt es laut Sprecherin gar keine "Rüstungsforschung im engen Sinne". Dass die Forschungsergebnisse "vielfältig genutzt werden können", lasse sich jedoch generell nicht ausschließen. So könnten Leichtbaumaterialien etwa für Verkehrsflugzeuge oder auch für Kampffjets verwendet werden.

Der ehemalige Forscher Schulze sieht dennoch Zeichen für Rüstungsforschung. Automatisch gesteuerte Autos seien von einem KIT-Mitarbeiter Anfang des Jahres auf einer Wehrtechniktagung vorgestellt worden. Und die Entwicklung eines Breitband-Nachrichtensystems werde vom Verteidigungsministerium finanziert.

(Antrag aus 2009: <http://url.dapd.de/EvKmQY>) dapd

<http://www.jungewelt.de/2012/05-08/019.php>

08.05.2012

Die Tageszeitung  
**jungeWelt**

## Bundesweit für Zivilklauseln

### Studierende und Uni-Mitarbeiter machen Druck gegen Militärforschung

Von Michael Schulze von Glaßer

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter, startete die bundesweite Aktionswoche gegen Militärforschung an deutschen Hochschulen. In vielen Städten – etwa in Rostock und München – reihten sich Studierende und Universitätsangestellte in die Gewerkschaftsdemonstrationen ein, um auf ihr Anliegen ziviler und friedlicher Forschung und Lehre aufmerksam zu machen. Ziel der Initiativen ist es, eine sogenannte Zivilklausel in der Grundordnung ihrer Hochschule zu verankern. Damit würden sich die Einrichtungen verpflichten, nicht mehr für militärisch-kriegerische Zwecke zu forschen. An vielen Universitäten fanden in den vergangenen Tagen teils aufsehenerregende Aktionen statt.

Im nordhessischen Kassel machte ein erst im März gegründeter »Arbeitskreis Zivilklausel« von Studierenden und Uni-Mitarbeitern mit Kunstblut, Plastikpanzern und Transparenten auf die an ihrer Hochschule betriebene Militärforschung aufmerksam. In der Stadt, die viele große Rüstungsbetriebe beherbergt, will der Universitätssenat demnächst einen Beschluß fassen, mit dem die Wehrforschung zementiert und eine Zivilklausel kategorisch ausgeschlossen wird. Die studentischen Vertreter im Senat werden daher einen gemeinsam mit den Zivilklausel-Aktivistinnen ausgearbeiteten Änderungsantrag einbringen: »Die Wissenschaft darf sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen«, erklärte Jörg Schrader vom AK Zivilklausel Kassel zu dem Senatsantrag. Die Studierenden übergaben Uni-Präsident Rolf-Dieter Postlep am vergangenen Mittwoch eine kleine Fahne mit einem durchgestrichenen Panzer. Für die Zukunft planen die nordhessischen Militärkritiker eine Urabstimmung über eine Zivilklausel unter den Studierenden.

Dies haben die Gruppen in Köln und Frankfurt am Main schon erfolgreich hinter sich gebracht – und dennoch bis jetzt keine Zivilklausel in den Grundordnungen ihrer Einrichtungen verankern können. Auch deshalb waren die Antimilitaristen erneut aktiv, haben weitere Aufklärungsarbeit unter den Studierenden geleistet und Druck auf die Uni-Leitungen ausgeübt. In Göttingen nahm auch die Uni-Präsidentin an einer Diskussion über eine mögliche Zivilklausel teil und äußerte sich grundsätzlich positiv zu dem Vorschlag. Am heutigen Dienstag, dem letzten Tag der Aktionswoche, findet an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Bremen ein Vortrag zu »Kontrolle von Zivilklauseln, Transparenz und Diskussionskultur an Hochschulen« statt. Auch in anderen Städten sind noch Aktionen geplant: Die bundesweite Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und die Deutsche Friedensgesellschaft Baden-Württemberg rufen für den 9. Mai zu einer Mahnwache vor dem Landtag in Stuttgart auf. Dort soll am Mittwoch von den Landtagsabgeordneten ein Beschluß für ein Weiterentwicklungsgesetz des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) beschlossen werden, der jedoch keine Zivilklausel vorsieht.

[www.zivilklausel.org](http://www.zivilklausel.org)